

Erste Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag – Höhepunkt der Nuclear Ban Week in Wien

Die erste von den Vereinten Nationen einberufene Staatenkonferenz „First Meeting of States Parties“ (1MSP) zum TPNW (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons / Atomwaffenverbotsvertrag AVV) fand im Juni im Vienna International Center unter Vorsitz des österreichischen Diplomaten Alexander Kmentt statt. Die 1MSP war Teil der „NuclearBan Week“, die sich aus dem zweitägigen ICAN Nuclear Ban Forum (18.-19.6.), der NGO-Konferenz „Give Peace a Chance!“ (19.6.), der Vienna Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapon des BMEIA (20.6.9 und schließlich der UN-Konferenz 1MSP (21. – 23.6.2022) zusammenfügte. An der 1MSP nahmen 65 TPNW-Vertragsstaaten teil und weitere Staaten als Beobachter, unter ihnen erstmals NATO-Staaten wie Deutschland oder die Niederlande. Die Vertragsstaaten verdeutlichen mit ihrem Engagement eindrucksvoll, dass sie die Renaissance des nuklearen Wettrüstens strikt ablehnen.



ICAN, International Campaign Against Nuclear Weapons, bekam 2017 den Friedensnobelpreis für die Bemühungen, den gemeinsam mit profilierten Diplomaten – unter ihnen Alexander Kmentt – erarbeiteten Entwurf für einen Vertrag für das Verbot von Atomwaffen. ICAN fasst die Notwendigkeit der Schaffung eines Atomwaffenverbotsvertrags wie folgt zusammen: „Atomwaffen sind die unmenschlichsten und zerstörerischsten Waffen, die je

geschaffen wurden. Sie haben katastrophale humanitäre und ökologische Folgen, die sich über Jahrzehnte und Generationen erstrecken; sie schüren Angst und Misstrauen unter den Nationen, da einige Regierungen damit drohen können, ganze Städte im Handumdrehen auszulöschen; die hohen Kosten für ihre Herstellung, Wartung und Modernisierung ziehen öffentliche Mittel von der Gesundheitsversorgung, Bildung, Katastrophenhilfe und anderen lebenswichtigen Dienstleistungen ab. Die völkerrechtliche Ächtung dieser unmoralischen, unmenschlichen Waffen war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu ihrer Abschaffung.

Mit der Verabschiedung des UN-Vertrags über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) am 7. Juli 2017 hat die Mehrheit der Welt einen entscheidenden Schritt getan, um diese atomwaffenfreie Zukunft Wirklichkeit werden zu lassen. Am 22. Jänner 2021 trat der TPNW endgültig in Kraft. 2017 stimmten in der UN-Versammlung 122 Staaten dem Vertrag zu, bis heute (10. Juni 2022) haben 86 Staaten den TPNW unterschrieben und davon 66 Staaten ratifiziert. Unter diesen befindet sich keiner der 9 Atomwaffenstaaten und kein NATO-Staat.

Beim First Meeting of States Parties betonte Alexander Kmentt in seinem Schlusstatement, dass erfreulicherweise diese UN-Konferenz der Partnerstaaten die gesteckten Ziele ‚übererfüllte‘ und damit ein weiterer Schritt in eine atomwaffenfreie Welt gesetzt wurde.

Bereits die Vorkonferenzen in der Nuclear Ban Week lieferten viele Details über die Risiken von Atomwaffen – von Umweltschäden durch Atomtests bis zu den Auswirkungen durch Hyperschallraketen und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Militärbereich.

Die Beobachterstaaten im NATO-Bündnis betonten, dass sie dem Vertrag nicht beitreten zu können, solange die NATO eine Strategie der nuklearen Abschreckung verfolge. Doch drückte die deutsche Delegation Verständnis aus für humanitäre Perspektive des TPNW und signalisierte Interesse zu den Themen Opferbeihilfe und Umweltsanierung, also Wiedergutmachung nach Atomwaffeneinsätzen und -tests. Johannes Oehler, Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland, unterstrich die Bedeutung des Verbotsvertrags: "Das Treffen der Staaten ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung des nuklearen Tabus gegen den Einsatz von Atomwaffen. Es stellt die nukleare Abschreckungspolitik der Atomwaffenstaaten und die steigenden Investitionen in die Modernisierung von Arsenalen mit den Mitteln des Völkerrechts in Frage."

Im Zentrum der Konferenz stand die Stärkung der humanitären Sicherheit. Stimmen aus der Zivilgesellschaft, insbesondere der Betroffenen von Atomwaffentests- und Einsätzen kamen zu Wort. ICAN stellt auf der neuen Website www.nucleartestimpacts.org die Geschichte und Fakten zu den über 2.000 durchgeführten Atomwaffentests bereit.

Beim Abschluss der 1MSP im Vienna International Center wurde eine „**Wiener Erklärung**“ vorgestellt, in der es u.a. heißt:

- Die TPNW Vertragsstaaten brachten ihre Besorgnis und Bestürzung über die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen zum Ausdruck und verurteilten unmissverständlich "alle nuklearen Drohungen, seien sie explizit oder implizit und ungeachtet der Umstände".
- Die Vertragsstaaten bekräftigten, dass der TPNW unter diesen Umständen mehr denn je benötigt wird, und beschlossen, "seine Umsetzung voranzutreiben, um Atomwaffen weiter zu stigmatisieren und zu delegitimieren und kontinuierlich auf globaler Ebene starke zwingende Vorschriften bzw. Gesetze gegen diese Waffen zu schaffen."
- Die Erklärung bekräftigte die humanitäre Grundlage des Vertrags und die moralischen, ethischen und sicherheitspolitischen Gebote, die seine Schaffung inspiriert und motiviert haben und die nun seine Umsetzung vorantreiben und leiten.
- Die Vertragsstaaten beschlossen, die Umsetzung aller Aspekte des Vertrags voranzutreiben, einschließlich der positiven Verpflichtungen, die darauf abzielen, den durch den Einsatz und die Tests von Atomwaffen verursachten Schaden zu beheben.
- Sie bekräftigten ferner die Komplementarität des Vertrags mit dem internationalen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregelwerk, einschließlich des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NVV / „Atomwaffensperrvertrag“), und verpflichteten sich, den NVV und alle Maßnahmen, die wirksam zur nuklearen Abrüstung beitragen können, weiterhin zu unterstützen.
- Die Erklärung schloss mit den Worten: "Angesichts der katastrophalen Risiken, die von Atomwaffen ausgehen, und im Interesse des Überlebens der Menschheit ... werden wir nicht ruhen, bis der letzte Staat dem Vertrag beigetreten ist, der letzte Sprengkopf abgebaut und zerstört wurde und die Atomwaffen vollständig von der Erde verschwunden sind."

Weitere auf der 1MSP beschlossene Verbesserungen und Konkretisierungen im TPNW:

Jene Vertragsstaaten, die sich als von der Nutzung und den Tests von Atomwaffen betroffen betrachten, erklärten sich u.a. bereit bis zur nächsten Konferenz (Ende 2022):

- mit der Überprüfung der Auswirkungen des Atomwaffeneinsatzes in ihrem Land zu beginnen
- einen nationalen Plan zu entwickeln, um denjenigen zu helfen, die von Kernwaffeneinsätzen und -tests betroffen sind, und um die Umwelt zu sanieren

Weiters haben sich die Vertragsstaaten zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft und besonders betroffener Gemeinschaften verpflichtet sowie zur Sicherstellung, dass diese Arbeit inklusiv und transparent ist, einschließlich der engen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), der Wissenschaft, den betroffenen Gemeinschaften und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft. Außerdem bekennen sich die Vertragspartner zur Umsetzung der Gender-Bestimmungen des TPNW sowie zur Entwicklung von Richtlinien, um alters- und geschlechtsspezifische Hilfe für diejenigen zu gewährleisten, die durch den Einsatz und die Erprobung von Atomwaffen geschädigt wurden.

Im Vertragstext zur Abschaffung von Kernwaffen (Artikel 4) kamen die Staaten überein, eine Frist von 10 Jahren für die Eliminierung von Atomwaffen zu setzen, wenn nuklear bewaffnete Staaten dem TPNW beitreten, und 90 Tage für die Entfernung der Waffen aus den Staaten mit Atomwaffenbasen, wenn diese dem Vertrag beitreten.

Es wurde beschlossen, eine wissenschaftliche Beratergruppe einzusetzen, die die Vertragsstaaten beraten und regelmäßig über den Stand und die Entwicklungen in Bezug auf Atomwaffen, Atomwaffenrisiken, die humanitären Folgen von Atomwaffen, nukleare Abrüstung und damit zusammenhängende Fragen berichten soll. Auch war man sich einig, dass die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Gremien für Abrüstung und Nichtverbreitung, wie der IAEO und der CTBTO, verbessert werden muss.

Die Vertragsstaaten haben Beschlüsse zur weiteren Ausgestaltung des Vertrags getroffen, dazu zählen u.a. der Beschluss einer politischen Erklärung¹⁾ die Bestürzung und Beunruhigung über Drohungen mit Atomwaffen und intensivierte nukleare Rhetorik ausdrückt sowie alle expliziten und impliziten Drohungen mit Atomwaffen, unabhängig von den Umständen, verurteilt.

¹⁾ *Politische Erklärung der 1MSP (Englisch): https://documents.unoda.org/wp-content/uploads/2022/06/TPNW.MSP_2022.CRP_8-Draft-Declaration.pdf*

Politische Erklärung der 1MSP (Deutsch): <http://abfang.org/wp-60db5-content/uploads/2022/07/Wiener-Erklaerung-des-1-Treffens-der-Vertragsstaaten.pdf>

ICAN Websites:

International: <https://www.icanw.org/>

Deutschland: <https://www.icanw.de>

Österreich: <https://www.icanaustria.at/>

Nuclear Ban Week: <https://vienna.icanw.org/>

ICAN Website über Atomwaffentests: www.nucleartestimpacts.org

AbFaNG Website zur NGO-Konferenz:

<http://abfang.org/termine/friedenskonferenz-19-6-2022/>

Redaktion dieses Beitrags: AbFaNG



AKTIONSBÜNDNIS FÜR FRIEDEN,
AKTIVE NEUTRALITÄT UND
GEWALTFREIHEIT

:: Gerhard Kofler
:: 1060 Wien, Millerg. 17/32
:: Tel. +43 664 253 17 17
:: gk@abfang.org
:: www.abfang.org